

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DOROTHEENSTR. 79, 53111 BONN

Ministerpräsident Armin Laschet  
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen  
Horionplatz 1  
40213 Düsseldorf

KREISGESCHÄFTSSTELLE KV BONN

Andrea Bauer  
Sprecherin des Kreisverbandes

Dorotheenstr. 79  
53111 Bonn  
Tel: +49 (228) 2420753  
Fax: +49 (228) 2420754  
[info@gruene-bonn.de](mailto:info@gruene-bonn.de)

Bonn, 20.03.2018

### **Offener Brief: Nachhaltige Öffentliche Beschaffung fördern – Kommunen brauchen Unterstützung**

Sehr geehrter Ministerpräsident Laschet,

Ihre neue Landesregierung plant im Zuge des ersten Entfesselungspaketes starke Beschränkungen des 2012 beschlossenen und 2017 novellierten Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG NRW). Die geplanten Neuerungen lösen die Verpflichtungen der Kommunen auf, zwingend soziale Nachhaltigkeit entlang der Lieferketten der eingekauften Produkte zu beachten. Rein rechtlich haben zwar alle öffentlichen Einkäufer weiterhin die Möglichkeit soziale und ökologische Kriterien in ihre Ausschreibungen zu integrieren, jedoch hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die praktische Umsetzung in der Gestaltung öffentlicher Vergaben noch keinesfalls den Normalfall darstellt und Kommunen sowie anderer öffentliche Auftraggeber weiterhin Unterstützung bei der Umsetzung von sozialen und ökologischen Kriterien in der Vergabe benötigen.

Die Bundesstadt Bonn ist eine der Pionierstädte der nachhaltigen Beschaffung in NRW. Bereits 2010 hat die Stadt sich dazu verpflichtet bei ihren Einkäufen ökologische und soziale Kriterien zu beachten. Dies hat nicht nur Eingang in die Vergabedienstanweisung gefunden, sondern wurde in Pilotprojekten auch schon mehrfach konkret umgesetzt. Das Referat Vergabedienste und die verschiedenen Bedarfsträger der Stadt arbeiten kontinuierlich an der Umsetzung einer flächendeckenden Beachtung dieser Vorgabe.

Über das Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, das hinter einem nachhaltigen Einkauf der Kommunen und anderer öffentlicher Einrichtungen steht, gibt es große Einigkeit. Auch international hat man sich, im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele, den Sustainable Development Goals (SDGs), darauf geeinigt, dass öffentliche Beschaffungswesen nachhaltig zu gestalten (SDG 12.7). Die Vorbildfunktion und Marktmacht der öffentlichen Hand, macht dieses Ziel zu einem wichtigen Baustein zur Erreichung der SDGs und zur Anpassung unserer Konsum- und damit auch Produktionsweisen. Die Bundesstadt Bonn nimmt die damit verbundene Verantwortung ernst und arbeitet aktiv an der Umsetzung.

Bankverbindung:

Bank: Sparda Bank Köln, Kontonummer: 729752, Bankleitzahl: 37060590

[www.gruene-bonn.de](http://www.gruene-bonn.de)

Ohne verbindliche Vorgaben erscheint eine flächendeckende Umsetzung nachhaltiger Beschaffung schwer vorstellbar. Wichtiger noch als diese Vorgaben, ist die Unterstützung der Kommunen in ihren Bemühungen ihrer Verantwortung für ein nachhaltiges Wirtschaften nachzukommen.

Auch größere Städte wie Bonn oder Dortmund haben Probleme mit den vorhandenen personellen und finanziellen Mitteln eine nachhaltige Beschaffungspraxis umzusetzen. Pilotprojekte, welche die Grundlage für eine umfassende Veränderung der Vergabepaxis bilden, können nicht ohne externe Hilfe konzipiert und umgesetzt werden. Es braucht, über die Angebote des Bundes und von zivilgesellschaftlichen Organisationen hinaus, rechtliche und praktische Unterstützung durch das Land.

Kommunen in NRW und weltweit haben das größte Potential und damit auch die größte Verantwortung zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Sie dürfen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden. Daher regen wir als Bonner GRÜNE an, dass Tariftreue- und Vergabegesetz NRW hierhingehend nicht zu ändern sondern vielmehr die Unterstützung der Kommunen durch das Land weiter auszubauen. Wir wollen als Pionierstadt zusammen mit der Landesregierung dazu beitragen, dass auch die Beschaffung in NRW nachhaltigen Kriterien entspricht.

Mit freundlichen Grüßen im Namen des Bonner Kreisvorstandes,

Andrea Bauer  
Sprecherin